

Ratsherr Dr. Lenke hebt noch einmal die Notwendigkeit eines Radweges entlang der L 113 hervor und dankt der Verwaltung für die positive Beurteilung des Antrages.

Sachkundiger Bürger Höfel kündigt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zu dem Antrag an. Aufgrund der Tatsache, dass von der Landesregierung Mittel für die Anlage von Radschnellwegen zur Verfügung gestellt werden, beantragt er ergänzend, in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen zu prüfen, ob die beantragte Radwegeverbindung als Radschnellweg realisiert werden kann.

Sachkundiger Bürger Dr. Wilmers gibt zu bedenken, dass der Ausbau von Radwegen sehr kostenintensiv ist und die hierfür zur Verfügung stehenden Landesmittel nur begrenzt sind. Seiner Meinung nach besteht an anderer Stelle mehr Bedarf das regionale Radwegenetz und Pendlernetz auszubauen als an der L 113. Er verweist auf das Landesprogramm für den Bau von Radwegen von Landesstraßen wonach im Stadtgebiet von Rheinbach die Anlegung eines Radweges von der Tomburg-Kaserne Richtung Gut Waldbau auf der Prioritätenliste, die der Regionalrat 2017 verabschiedet hat, auf dem dritten Platz steht. Um die Umsetzung dieser Maßnahme nicht zu gefährden, regt er an, die Entscheidung zu dem vorliegenden Antrag zu vertagen und zu prüfen, ob der beantragte Radweg entlang der L 113 in ein Gesamtkonzept eingebettet werden kann. Er bittet sich auch grundsätzlich Gedanken darüber zu machen, ob die L 113 in Flerzheim konzeptionell die richtige Stelle ist, die Landesmittel anzulegen

Ratsherr Dr. Lenke sieht weiterhin die Notwendigkeit eines Radweges entlang der L 113 insbesondere für Familien mit Kindern. Er warnt davor eine Selbstzensur vorzunehmen. Er hofft, dass bei Vorlage von sinnvollen Anträgen, die Gesamtsumme der Fördermittel erhöht wird.

Ratsherr Wehage erachtet den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für sinnvoll.

Sachkundiger Bürger Höfel versucht die Bedenken von sachkundigem Bürger Dr. Wilmers auszuräumen. Er erklärt, dass vor der Planung von Straßen und Radwegen die angedachte Verkehrsbelastung, die Unfallhäufigkeit und auch die Kostenfrage geprüft werden

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung, der durch den Antrag des sachkundigen Bürgers Höfel modifiziert wurde, zur Abstimmung.